

			<u>Nicolas Galladé (SP) neu</u>
<u>Wohnungsbauförderung</u>		<u>Antwort</u>	<u>Bemerkungen</u>
1	Treten Sie für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ein?	ja	
2	Soll städtisches Bauland, für das sich gemeinnützige Wohnbauträger interessieren, zu Vorzugskonditionen an die Baugenossenschaften abgegeben werden?	ja	
3	Sollen private Eigentümer dazu verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Teil der Wohnungen nach den Prinzipien der kantonalen Wohnbauförderung zu erstellen und zu bewirtschaften?	ja	
<u>Vermietungspraxis der Stadt Winterthur</u>			
4	Treten Sie dafür ein, dass sich die Stadt Winterthur bei der Vermietung von Wohnungen an das Prinzip der Kostenmiete hält und auf spekulative Mietzinserhöhungen verzichtet?	ja	
<u>Planungsgrundsätze der Stadt Winterthur</u>			
5	Sollen bei der Planung grosser Bauvorhaben die heutigen Mieter/-innen frühzeitig in den Entscheidungsprozess einbezogen werden?	ja	
6	Unterstützen Sie die Forderung des MV und der IG Talgut, dass Alternativen zum Abriss des Talgutquartiers ernsthaft geprüft werden müssen, bevor ein Gestaltungsplan erarbeitet wird?	ja	
<u>Energetische Sanierungen</u>			
7	Treten Sie dafür ein, dass auf Sanierungsprojekte verzichtet werden soll, die zur Segregation der Wohnbevölkerung beitragen?	ja	
8	Stimmen Sie der Forderung zu, dass Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausbezahlt sind, wenn die Eigentümer die Sanierungen ohne Kündigung der Mietverhältnisse durchführen und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mietzinserhöhung einsetzen?	ja	
		<b>Ja</b>	8
		<b>Nein</b>	0
		<b>keine Antwort</b>	
<u>Massnahmen zur Erhaltung eines breiten Angebots an preisgünstigen Wohnungen</u>			
9	Mit welchen Massnahmen oder Vorstössen werden Sie in der nächsten Amtszeit das Angebot an preisgünstigen Wohnungen sichern?		Ich würde Massnahmen in der Stossrichtung unterstützen und einbringen für eine aktive Liegeenschaftenpolitik, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau und MieterInnenenschutz, wie es parlamentarische Vorstösse der SP im Winterthurer Gemeinderat und im Zürcher Kantonsrat verlangen und verlangt haben